

Meinung

1. Mai

Druck im Kessel

TOBIAS MILLER

Erstmals sind die Auseinandersetzungen am Abend des 1. Mai in Berlin wieder schlimmer geworden. Rangeleien, Stein- und Flaschenwürfe, das nächtliche Katz- und Mausspiel zwischen Demonstranten und Polizisten – all das gab es auch in den vergangenen Jahren, manche sprachen gar schon von unpolitischer Folklore, von erlebnisorientierten Jugendlichen. Was aber angesichts der immer wieder zu beklagenden Verletzten auf beiden Seiten zynisch war und ist.

In diesem Jahr war der 1. Mai anders. Ja, auch aggressiver, gewalttätiger, vor allem aber wieder politischer. Und das Bizarre daran ist, dass das wieder am gleichen Thema liegt wie schon in den Anfangszeiten der 1.-Mai-Demonstrationen vor mehr als 30 Jahren: Wohnen, Mieten, Verdrängung.

Allein die Tatsache, dass sich rund 10.000 Menschen per Rad auf den Weg in den Grunewald machten, um gegen Wohnraum-Spekulation zu demonstrieren, zeigt, wie groß der Druck ist. Verstärkt wird dieser Druck durch die kürzlich getroffene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der der Berliner Mietendeckel kassiert wurde. Auch wenn der Senat bei den Nachzahlungen helfen will: Die alte, hohe Miete muss wieder aufgebracht werden. Die Perspektive für Mieter in begehrten Lagen ist nicht besser geworden.

Hinzu kommen die nervenaufreibenden Corona-Auflagen seit Monaten und, speziell für das linke Berliner Milieu, die Räumungen linker Treppenpunkte, die es geben hat und noch geben wird.

Die Kritik an der Gewalt, von welcher Seite sie auch geäußert werden mag, ist berechtigt. Senat und Bund sind aber gefordert, allen zu sagen, wie der Weg aus der Wohnungsnott und aus dem Corona-Lockdown aussehen könnte.

CDU

Fehlende Abgrenzung

TANJA BRANDES

Richtig ernst scheint es die CDU also doch nicht zu meinen mit der Abgrenzung nach rechts. Sonst hätte Ex-Verfassungschef Hans-Georg Maassen nicht als Direktkandidat für die Bundestagswahl nominiert werden dürfen.

Aber warum nur fällt es vor allem Teilnehmer der Thüringer CDU so schwer, eine scharfe Grenze nach rechts zu ziehen? Hat man bei den Christdemokraten die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, dass sich mit der Annäherung an rechts-populistische Positionen AfD-Wähler zurück in den CDU-Schoß locken lassen? Dass das nicht funktioniert, musste nicht zuletzt CSU-Chef Markus Söder 2018 in Bayern erleben: Seine Flirts mit der AfD vertrieben Stammwähler. Die Union ähnelt einem Kind, das immer wieder auf die heiße Herdplatte fasst – obwohl es sich schon beim ersten Mal verbrannt hat.

Dass die Kritik an der Nominierung Maassens nun aus der Union selbst kommt und den Berliner CDU-Politiker Nicolas Zimmer gar dazu bewegt, aus der Partei auszutreten, kann man als weiteres Zeichen für eine Spaltung der Partei werten. Tatsächlich ist es ein Zeichen dafür, dass innerhalb der Union das Wertekaradard zumindest teilweise noch funktioniert. Denn ja: Die CDU ist gespalten. Aber Maassen ist eher ein Symptom dessen als die Ursache dafür.

Das zeigt die Tatsache, dass Teile der Ost-CDU es für ein probates Mittel der Wählerbindung halten, einen Mann als potenziellen Volksvertreter aufzustellen, der sich nicht nur am rechten Rand, sondern oft weit jenseits davon positioniert.

Dass es Parteimitglieder gibt, die daraus Konsequenzen ziehen wie Zimmer, ist tragisch. Denn genau diese Mitglieder würden jetzt gebraucht. Gleichzeitig sorgen solche Aktionen hoffentlich dafür, dass die CDU sich endlich darauf bezieht, für welche Werte sie stehen will.



Die Risiken des Höhenflugs

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Es reicht! Was auch immer der in sich verfeindete Männerbund des Deutschen-Fußball-Bundes (DFB) am vergangenen Wochenende bei einer außerordentlichen Tagung in Potsdam besprochen und beschlossen haben mag – es tut nichts mehr zur Sache. 121 Jahre nach ihrer Gründung ist die mitgliederstärkste Sportvereinigung der Welt infolge eines nun schon seit Jahrzehnten währenden Missmanagements in dieser Aufstellung am Ende.

Es ist Zeit für eine tiefgreifende Zäsur. Mit der kollektiven Demission der Führungsriege als ersten Schritt, bevor sich andere daran machen, den deutschen Fußballs neu zu denken, neu zu strukturieren und womöglich sogar mit der Gründung einer neuen Organisation ein nach außen hin eindrucksvolles Zeichen zu setzen. Eine Organisation sollte dies sein, in der nicht von persönlichen Interessen getriebene Karrieristen das Sagen haben, sondern Menschen, die die Interessen von etwas mehr als sieben Millionen fußballspielenden oder fußballbegeisterten Menschen im Blick haben.

Es muss dabei eben nicht mehr nur um das nächste Pokal-Finale, um das nächste Länderspiel oder die nächste Europa- oder Weltmeisterschaft gehen, sondern um tatsächlich wichtige Inhalte. Also um Werte und Normen, die vom DFB zwar regelmäßig in ein paar netten Kampagnen propagiert, aber eben nicht entsprechend verantwortet wurden. Ja, letztendlich verstößen die Verbandsobere seit vielen Jahren in vielfältiger Weise gegen ihre eigene Satzung, zum Beispiel gegen den Paragraphen 4, wonach dem DFB als Zweck und Aufgabe die Förderung des Sports obliegt.

Es kann und darf also so nicht weitergehen. Nicht mit einem Präsidenten, Fritz Keller heißt er, der sich in einer Sitzung vor lauter Wut dazu hat hinreißen lassen, seinen Stellvertreter und Widersacher, Rainer Koch heißt er, als „Freisler“ zu bezeichnen. Koch ist Jurist, Roland Freisler war es. Letzt-

Krise des DFB
Uli Hoeneß, hilf!



MARKUS LOTTER

genannter, und das war Keller natürlich bewusst, gilt aber als derjenige, der als Scherge und Blutrichter des Nazi-Regimes bei der Organisation des Holocaust eine zentrale Rolle spielte.

Da hilft auch keine Entschuldigung, kein Bittgesuch an die DFB-Ethikkommission – Keller, der hätte wissen müssen, dass eine derartige Entgleisung von seinen Gegenspielern im Verband zu seinem Schaden nach außen getragen wird, hat sich damit als DFB-Präsident unmöglich gemacht. Der ehemalige Präsident des SC Freiburg ist zudem bei allem guten Willen, mit dem er sich dieser Aufgabe gestellt hat, als Reformer und Aufklärer der dubiosen Machenschaften im Verband total überfordert.

Koch wiederum hat sich früher gern mal als Vorarbeiter des Amateurfußballs geriert, gilt inzwischen allerdings als der ausgebuff-

teste Apparatschik im Kreis der DFB-Führungskaste. Er sah Präsidenten kommen, sah, wie sie über eine Sommermärchenaffäre (Wolfgang Niersbach) oder eine Luxusuhrenaffäre (Reinhard Grindel) stolpern und schließlich wieder gehen mussten. Er gibt gern mal den Unbeteiligten, ist aber wohl doch entscheidend in die immer wiederkehrenden Machtkämpfe sowie in die zum Teil dubiosen Geschäfte des Verbandes involviert.

So offensichtlich auch in die bis dato vollkommen undurchsichtige, extrem kostspielige Berateritätigkeit eines gewissen Kurt Diekmann. Diekmann hat allem Anschein nach mit seinem Wirken jedenfalls nicht unwe sentlich zum Sturz von Grindel beigetragen. Kurzum: Auch Koch darf mit dem Relaunch der Organisation nichts zu tun haben, wenngleich er in Potsdam von den Landes- und Regionalverbänden im Gegensatz zu seinem vertrauten Generalsekretär Friedrich Curtius und Keller in gewisser Weise das Vertrauen ausgesprochen bekam. Die Basis hat Curtius und Keller jedenfalls schon mal zum Rücktritt aufgefordert.

Wer als Frontfigur für einen Neubeginn infrage kommt? Nun, Uli Hoeneß, der Ehrenpräsident des FC Bayern, hat vor gar nicht langer Zeit in diesem Zusammenhang Karl-Heinz Rummenigge als möglichen DFB-Präsidenten ins Gespräch gebracht. Dabei wäre er wohl selbst zumindest als Interims-Lösung der bessere Kandidat für diesen Job. Schließlich könnte Christian Seifert, der nur noch bis Juni kommenden Jahres als Geschäftsführer der Deutschen Fußball Liga (DFL) gebunden ist und in dieser Funktion seine Fähigkeiten hinlänglich unter Beweis gestellt hat, in die Verantwortung rücken, und das im Zusammenspiel mit der ehemaligen Fußballspielerin, Fußballmanagerin und Unternehmerin Katja Kraus. Klingt verwegen, doch eine verwegene Lösung muss es sein, damit das endlich aufhört mit dem DFB, dem Deutschen Falschspieler-Bund.

Kolumnen

Ein Vorname für ein Leben

MIRAY CALISKAN

mich einher mit einer tiefen Traurigkeit und einem Gefühl von Ohnmacht. Es waren immer Erwachsene, die es verursacht haben.

Vor zehn Jahren bekam ich einen Ausweg aufgezeigt. Nach meiner Einbürgerung hatte ich ein Gespräch mit einem Mann, der für die Aussstellung der Ausweise zuständig war. Er kam direkt zur Sache und riet mir, dass ich meinen Namen ändern solle. „Wie wäre es mit Müller?“, fragte er. Ich fragte zurück: „Kann ich Caliskan nicht behalten?“ – „Doch, aber ein deutscher Name wäre einfacher für deine Zukunft. Ich würde dir auch raten, deinen Vornamen zu ändern.“

Da war er, der Fehler im System. Er hatte ihn längst erkannt. Es wäre so einfach gewe-

sen, meinen Namen in Miriam Kaltenbach zu ändern. Ein paar Klicks am Computer hätte es dafür gebraucht. Und ich hätte für immer dazugehören können.

Ich weiß nicht, wie stark andere Menschen mit ihrem Namen verbunden sind. Ich bin es zufest. Der Name meiner Familie wird Çalıskan geschrieben, Tschaluschkan ausgesprochen, ins Deutsche übersetzt bedeutet er „hart arbeitend“. In meinem Herzen steht Çalıskan für meinen Papa, der als Selbstständiger bis zu seinem 70. Lebensjahr sieben Tage die Woche zur Arbeit gefahren ist. Sich nie über diesen Umstand beklagt und meine Familie immer vor finanziellen Problemen bewahrt hat. Den Wert von Fleiß habe ich durch meinen Papa erfahren. Er hat mir beigebracht, weiterzumachen, komme was wolle. Es zu etwas bringen – trotz den immens vielen Nachteilen, die unser Name in Deutschland mit sich bringt. Nicht nachzugeben. Nicht aufzugeben. Meine erste Lektion: der Kampf gegen den Klassenlehrer.

Über den Vorschlag musste ich nicht lange nachdenken. Ich behielt meinen Namen und ließ ihn eindeutschen. Die Sonderzeichen, das Ç, § und ü, sind weggefallen. Mein Caliskan wird ausgesprochen wie er geschrieben wird.

An den Mann vom Bürgerdienst muss ich oft denken, wenn das „Nicht-dazugehören-Dürfen“ sich wieder anbahnt. Dann frage ich mich, wie mein Leben heute aussähe, wenn ich Miriam Kaltenbach hieße.

Zitat

„Die Leute haben einfach gesagt: Bio ist teuer, schmeckt nicht, ist was für Menschen mit kratzigen Pullis und Birkenstock-Sandalen.“

Alfred Theodor Ritter,
Schokoladenproduzent, im Spiegel
über das Scheitern seines Plans,
die Firma auf Bio umzustellen

Auslese

Einklagbarer Klimaschutz

Die Welt am Sonntag schreibt zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz: „Mit dem Urteil will das Verfassungsgericht verhindern, dass überreifre Politiker in zehn Jahren einen Öko-Lockdown beschließen, nur weil die Bundespolitik heute die Zügel schleifen lässt. Denn wenn beim Klimaschutz nichts geschieht, könnten gravierende Grundrechtseinschränkungen tatsächlich verfassungsgemäß sein ... Das Urteil ist als Startschuss für einen Umbau auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und des Alltags gemeint. Dieser Umbau ist nach Meinung der Richter nicht existenzgefährdend, wenn er sofort beginnt – und keine ökodiktatorische Kommandowirtschaft als Antrieb nimmt, sondern die Kreativität und Einsichtsfähigkeit der Menschen.“

In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung heißt es: „Der Klimaschutz hat seine notorische Unverbindlichkeit verloren. Von jetzt an ist er justizierbar“, also vor Gericht einklagbar. Das haben viele, auch beschlagene Juristen, nicht für möglich gehalten.“

Die Neue Zürcher Zeitung ist „erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit die Richter extreme Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger zum Schutz des Klimas in den nächsten Jahrzehnten annehmen. Diese Gewichtungen und Entscheidungen müssen in einer Demokratie zu jeder Zeit den Bürgern beziehungsweise den von ihnen gewählten Abgeordneten überlassen werden, nicht einigen Verfassungsrichtern, die dann voraussichtlich gar nicht mehr im Amt sind.“ (pi)

Berliner Zeitung

PFlichtblatt der Börse Berlin

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Textchefin: Bettina Cosack (VSDP)

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmood, Tobias Miller

Reporter: Ruth Schneeburger, Jan Schmidt

Dossier: Anja Reich, Sabine Remmelz

Resorts:

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur: Harry Nutz

Lernen & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneeburger

Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzoldt

News: Philippine Debionne

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Für das jeweilige Ressort an erster Linie genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chef Print: Ingo Preißler

Print Art Direction: Stephanie Franszka Scholz

Print Art Direction: Annette Tiedje

Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse

Leseraktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-blz@berliner-verlag.com

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH

Geschäftsleitung Berliner Newsroom GmbH:

Dr. Mirko Schiebelbein (Vorstand), Tobias Miller, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein (Vorstand), Holger Friedrich

Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alter Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-9; E-Mail: anzeigen@berliner-verlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berliner-verlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BVZ Berliner Zeitungdruck GmbH,

Geschäftsleitung: Steffen Helmrich, Holger Friedrich

Am Waserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berliner-zeitungdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77; E-Mail: leserservice@berliner-verlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktäglich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Einschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.